



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Fischbach

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-25446

E-Mail: anna.fischbach@stadt-koeln.de

Datum: 13.12.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 08.11.2011, 14:15 Uhr bis 16:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Gabriele Schlitt	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Herr Daniel Nott	FDP
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.

Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

Frau Monika Kleine	Sozialdienst katholischer Frauen
Frau Inge Komke-Söntgerath	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
Frau Anja Ritzen	SJD Die Falken
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Erika Weber	Sportjugend Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Uckermann Pro Köln

Frau Anna Salis

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Herr Armin Dappen	GRÜNE
Frau Doris Rost	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Biber Happe	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Herr Paul Spörl	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerk e.V.
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.
Herr Dr. Wolfgang Zäschke	Jugendhilfe und Schule e.V.
Frau Derya Zeyrek	agisra e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina	auf Vorschlag des Integrationsrates
-------------------------	-------------------------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Carolin Krause

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirche
Herr Werner Völker	Ev. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinrich Spieker

Seniorenvertretung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Markus Peters

auf Vorschlag der CDU

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Anja Daub

Agentur für Arbeit

Herr Karl Tymister

Agentur für Arbeit

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende alle Jugendhilfeausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet er Herrn Armin Dappen.

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass in der Jugendhilfeausschusssitzung am 25.01.2011 angeregt worden sei, einen Vortrag zum Thema „Online-Schulabgängerbefragung in Köln“ einzuplanen. Der Vortrag sei zwischenzeitlich bereits in anderen Ausschüssen gehalten worden. Aufgrund dessen bittet Herr Dr. Heinen um Angabe, ob es für den Jugendhilfeausschuss ausreiche, die entsprechenden Unterlagen der Niederschrift der heutigen Sitzung anzuhängen. Die Jugendhilfeausschussmitglieder stimmen der Vorgehensweise zu. Die entsprechenden Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 3.8, zu 4.2.1, 5.2.1, 6.3, zu 7.1, 8.2, 8.3 und zu 8.3 als Tischvorlage ausgeteilt wurden. Die FDP-Fraktion hat vor Sitzungsbeginn Fristeneinrede zu Tagesordnungspunkt 8.3 geltend gemacht. Die Vorlage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei. Hierzu übergibt der Ausschussvorsitzende das Wort an Frau Beigeordnete Dr. Klein. Sie bittet um Entschuldigung, dass die Vorlage so spät vorgelegt worden sei; betont jedoch ausdrücklich die Wichtigkeit des Beschlusses. Die Fristeneinrede durch die FDP-Fraktion sei formal absolut korrekt, das Problem bestehe jedoch darin, dass die Verträge der dringend benötigten hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte befristet seien. Sofern der Ratsbeschluss nicht in der November-Sitzung erfolge, müssten die Betroffenen gekündigt werden und sich arbeitslos melden. Dies müsse dringend verhindert werden. Frau Beigeordnete Dr. Klein schlägt vor, zur Beratung der Beschlussvorlage durch den Jugendhilfeausschuss eine Sondersitzung anzuberaumen. Somit würde der Beratung in den nachfolgenden Gremien (AVR, Finanzausschuss und Rat) nichts im Wege stehen.

Herr Bergmann bittet, auch den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der LIGA in die Sondersitzung zu schieben. Dieser wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei.

Hiermit erklärt der Ausschuss sich einstimmig einverstanden und legt den **Termin für die Sondersitzung für den 21.11.2011** fest.

Frau Laufenberg beantragt, auch Tagesordnungspunkt 6.3 aufgrund von Beratungsbedarf in die Sondersitzung zu vertagen. Auch dieser wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei.

Auch hiermit erklärt der Ausschuss sich einverstanden.

Herr Dr. Heinen bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 2.2, 3.6, 3.7, 3.8, 4.2.1, zu 4.2.1, zu 5.1.1, 5.2.1, 6.3, zu 7.1, 8.2, 8.3, zu 8.3 und 10.2.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Beantwortung von Anfragen**
 - 2.1 Haus des Jugendrechts - Anfrage von Ratsmitglied Kienitz, Sitzung 25.01.2011, TOP 9.2 und 29.03.2011, TOP 9.3 3449/2011
 - 2.2 Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben im JHA vom 04.10.2011 zu Top 8.7 - Session 3201/2011 "Verstärkter Ausbau der Kindertagespflege" 4273/2011
- 3 Mitteilungen**
 - 3.1 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen 2717/2011
 - 3.2 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen 3847/2011
 - 3.3 Stellungnahme des Integrationsrates zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung 4033/2011
 - 3.4 Kostenentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung in 2011 3873/2011
 - 3.5 Tag der Jugend im Rathaus 2011 4137/2011
 - 3.6 Neuwahl eines sachkundigen Einwohners für den Jugendhilfeausschuss 4218/2011

3.7 Studie "Wir sind Eltern!" zur Lebenssituation von Kölner Regenbogenfamilien
4211/2011

3.8 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand 31.10.2011
4450/2011

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

4.2.1. Toilette am Skatepark Rheinauhafen
(Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2011)
AN/1864/2011

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
zu TOP 4.2.1 Toilette am Skatepark Rheinauhafen
AN/1995/2011

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Verkehrssicherheit an Kölner Spielplätzen
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011)
AN/1374 /2011

Verkehrssicherheit an Kölner Spielplätzen
(Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011)
4302/2011

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Kindertagespflege
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.11.2011)
AN/1922/2011

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter.
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2011/2012
3065/2011

6.2 Mittelerrhöhung für den Coach e.V. im Rahmen einer Kofinanzierung für das Haushaltsjahr 2011
3458/2011

6.3 Förderung von Projekten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen 2011
4195/2011

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Neuaufbau der Lohse-Rampe an der Neusser Straße in Köln-Nippes
3158/2011

Änderungsantrag der FDP Fraktion zu TOP 7.1 - Neuaufbau der Lohse-Rampe an der Neusser Straße in Köln-Nippes
AN/1997/2011

7.2 Umgestaltung des Spielplatzes "Goswin-Peter-Gath-Straße" in Köln - Ehrenfeld
3577/2011

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3 - Jährige; Anpassung der Ausbauplanung U3 - verstärkter Ausbau der Kindertagespflege
3201/2011

8.2 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
4400/2011

8.3 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
3647/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der LIGA zu TOP 8.3 - Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Mucuk, Herr Dr. Schlieben und Frau Laufenberg benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Haus des Jugendrechts - Anfrage von Ratsmitglied Kienitz, Sitzung 25.01.2011, TOP 9.2 und 29.03.2011, TOP 9.3 3449/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.2 Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben im JHA vom 04.10.2011 zu Top 8.7 - Session 3201/2011 "Verstärkter Ausbau der Kindertagespflege" 4273/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung, bemängelt jedoch, dass es sich lediglich um Ist-Zahlen handle und nicht, wie gewünscht, um einen tabellarischen Soll-Ist-Vergleich. Er bittet, diesen für die Jahre 2008 bis 2014 nachzureichen. Herr Dr. Schlieben nimmt Bezug auf Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 8.1. Danach müssen bis zum Kindergartenjahr 2013/14 insgesamt 11.500 Plätze geschaffen werden – dies entspreche nach der neuen Zielplanung mit einem Schlüssel von 70:30 insgesamt 8.050 Plätzen in Kitas und 3.450 Plätzen in der Kindertagespflege. Bis zum August 2011 hätten bereits insgesamt 8.690 neue U3-Plätze geschaffen sein müssen. Laut Vorlage gebe es jedoch bisher lediglich 8.106 neue Plätze. Dies entspreche einem Defizit von knapp 600 Plätzen und bedeute, dass die Verwaltung hinter der Planung zurück liege. Somit müsse für das nächste Kindergartenjahr, zusätzlich zum regulären Bedarf, das derzeitige Defizit von knapp 600 Plätzen geschaffen werden. Bei der Ü3-Versorgung gebe es laut Vorlage eine Lücke von 4.000 Plätzen. Somit fehlen im Hinblick auf das Kindergartenjahr 2013/14 in den Bereichen U3 und Ü3 aktuell insgesamt ca. 7.500 Plätze. Herr Dr. Schlieben bezweifelt, dass der Ausbau in der erforderlichen Höhe möglich sei. Er macht darauf aufmerk-

sam, dass, sofern der Schlüssel für die Kindertagespflege vorübergehend auf 30% erhöht werde, dies nicht dazu genutzt werden dürfe, die fehlenden Plätze in Kitas nach Außen hin schön zu reden. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, wie die Lücke geschlossen werden solle. Darüber hinaus fordert er, dass die Politik frühzeitig über Probleme bzw. Defizite informiert werde und dem Jugendhilfeausschuss alle 6 Monate ein Soll-Ist-Vergleich vorgelegt werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, dass es um die Umsetzung eines Ratsbeschlusses gehe und die Verwaltung entschlossen sei, die benötigten Plätze zu schaffen und den bisherigen Erfolgskurs fortzusetzen. In den letzten Jahren sei es der Verwaltung immerhin gelungen, die Anzahl von U3-Plätzen zu verdreifachen. Die Erreichung des Ziels erfordere, dass entsprechende Beschlüsse und Entscheidungen getroffen werden. Die Erhöhung des Kindertagespflegeanteils auf 30% diene lediglich dem Zweck, die vom Rat festgelegte Ausbauquote von 40% erreichen zu können. Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass aufgrund der aktuellen Entwicklungen auch eine Ausbauquote von 40% voraussichtlich nicht reichen werde, um eine Vollversorgung zu erreichen. Zunächst arbeite die Verwaltung jedoch mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln daran, die festgesetzte Quote zu erreichen. Da die Tagespflege die flexiblere Lösung sei, schlage die Verwaltung deren vorübergehende Erhöhung auf 30% vor. Es sei deutlich, dass viele Eltern Kindertagesstätten bevorzugen, so dass diese Lösung tatsächlich nur vorübergehend sein solle. Sie bittet die Politik, den Beschlussvorschlag zu unterstützen.

Herr Dr. Heinen schließt sich der Auffassung von Frau Beigeordneter Dr. Klein und bittet ebenfalls um Unterstützung für diese pragmatische und zielgerichtete Vorgehensweise.

Herr Pfeuffer teilt für die Verwaltung mit, dass das derzeitige Defizit im U3-Bereich von knapp 600 Plätzen höchstwahrscheinlich zeitnah deutlich verringert werden könne. Zum einen sollen noch in diesem Kindergartenjahr ca. 100 neue Kita-Plätze eingerichtet werden. Zum anderen stehe derzeit die Überprüfung von ca. 100 Tagespflegepersonen kurz vor dem Abschluss, so dass diese auch kurzfristig eingesetzt werden können. Darüber hinaus macht Herr Pfeuffer darauf aufmerksam, dass der Stopp des Einschulungsalters ein erhebliches Problem darstelle, da dadurch viele Kinder ein Jahr länger im System der Kitas verbleiben. Dies sei u.a. ein Grund für die derzeitige Lücke. Die Verwaltung habe jedoch Maßnahmen zur Lückenschließung formuliert und arbeite mit Hochdruck an deren Umsetzung. Weiterhin informiert Herr Pfeuffer darüber, dass in vielen Städten ein viel stärkerer Akzent auf die Kindertagespflege gesetzt werde. Der Spitzenreiter in Nordrhein-Westfalen sei Münster mit einem Schlüssel von 50:50.

Frau Volland-Dörmann macht deutlich, dass auch die freie Wohlfahrtspflege am Erreichen der Zielsetzung interessiert sei, jedoch das Instrumentarium überdacht werden müsse. Der Ausbau könne intensiviert werden, wenn über die Finanzierung von Kindertagesstätten nachgedacht würde. Zum Beispiel könne man bezüglich der Eigenmitteleinsätze oder bezüglich der Mietkosten bessere Lösungen finden. Sie bittet die Politik, darüber nachzudenken, wie die Verwaltung unterstützt werden könne, das ehrgeizige Ziel zu erreichen. Die freie Wohlfahrtspflege sei diesbezüglich jederzeit Gesprächsbereit.

3 Mitteilungen

3.1 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen 2717/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Schneider teilt für die SPD-Fraktion mit, dass der Inhalt der Mitteilung so nicht akzeptiert werden könne. Aufgrund dessen bittet er um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Warum wurde der Sachstand erst jetzt als Mitteilung in die politischen Gremien gegeben, obwohl die europäische DIN-Norm bereits im Januar 2009 veröffentlicht wurde?
- Existiert beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen eine Einzelbetrachtung der insgesamt 191 beanstandeten Spielgeräte?
- Wurden konstruktive Alternativlösungen wie etwa die Ausbesserung bzw. eine kostengünstige Umarbeitung der Spielgeräte geprüft? Welche Kosten wurden etwa am Beispiel einer Rutsche ermittelt?
- Gab es eine umfassende Begutachtung der betroffenen Spielplätze?
- Existieren gesetzliche Sicherheitsauflagen bzw. –standards?
- Wer haftet im Falle eines evtl. Unfalls auf öffentlichen Spielplätzen?
- Welche Mittel stehen für Ersatzbeschaffungen im Haushalt 2012 bereit?

Darüber hinaus moniert Herr Schneider, dass die CDU-Fraktion auf ihrer Homepage Frau Beigeordnete Dr. Klein für den Abbau der Spielgeräte verantwortlich mache. Er betont, dass das Dezernat Planen und Bauen hierfür zuständig sei.

Frau Stahlhofen führt aus, dass sie froh sei, dass die Spielplätze endlich in den Mittelpunkt rücken. Bezüglich der letzten zwei Sätze der Mitteilung bittet sie um Auskunft, wie der Bedarf definiert werde. Darüber hinaus kritisiert sie, dass im Haushaltsansatz des Jugendamtes keine Mittel für die Erneuerung von Spielplätzen enthalten seien, so dass eine Sanierung nicht möglich sei.

Herr Dr. Schlieben äußert, dass die CDU-Fraktion nicht möchte, dass intakte, aber nicht normgerechte Spielplätze in Köln ersatzlos abgebaut werden. Es müsse zu einem Konsens darüber kommen, dass die Verwaltung beauftragt werde, angemessen mit den Spielgeräten – die intakt und nicht hochgefährlich seien - umzugehen.

Herr Dr. Heinen erläutert, dass die DIN-Norm aus der EU stamme und auf eine mögliche Gefahr hinweise. Es gehe nun darum, korrekt damit umzugehen.

Herr Uckermann bittet um Mitteilung, ob das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen im Auftrag des Jugendamtes handele. Darüber hinaus möchte er wissen, ob die Spielplätze wöchentlich begangen und begutachtet werden. Des Weiteren fragt Herr Uckermann, welche versicherungstechnischen Folgen aus der Nichteinhaltung der DIN-Norm entstehen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, dass das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen für die Spielplatzunterhaltung, Instandsetzung und Sicherheitsüberprüfung der Geräte zuständig sei. Die Geräte müssen selbstverständlich normgerecht hergerichtet werden. Allein um einen Haftungsfall auszuschließen müsse man auf die steigenden Sicherheitsanforderungen und –standards achten. Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt,

dass das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen aufgrund der Zuständigkeitsregelung von 1990 ein Budget für die Unterhaltung und Herrichtung von Spielplätzen habe und somit auch die Haushaltsmittel für die Instandhaltung von Geräten zur Verfügung stellen müsse. Bei einem Abbau und einer Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von Spielgeräten müsse die Finanzierung über das Jugendamt erfolgen. Sie gibt an, dass die Einhaltung der DIN-Norm unerlässlich sei, jedoch ein intelligenter Weg, damit umzugehen, gefunden werden müsse.

Frau Jahn bittet um Auskunft, ob es diesbezüglich Gespräche mit dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen gebe. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob es Überlegungen gebe, das Aufgabengebiet beim Jugendamt anzugliedern.

Herr Dr. Heinen erinnert daran, dass der Jugendhilfeausschuss im Jahr 2008 einen Antrag gestellt habe, die Schnittstellenproblematik zu verbessern.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert dass es im Frühjahr Gespräche gegeben habe, bei denen das Jugendamt gebeten habe, in dieser Sache behutsamer vorzugehen. Die Schnittstelle zwischen dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und dem Jugendamt sei schwierig und das Thema werde vom Organisationsamt geprüft.

3.2 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen 3847/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bittet um Auskunft, ob die Positivliste bereits auf der Homepage der Stadt Köln eingestellt worden sei.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller teilt für die Verwaltung mit, dass die Liste vom Jugendhilfeausschuss und Gesundheitsausschuss zunächst akzeptiert werden müsse. Sobald dies erfolgt sei, werde sie veröffentlicht.

Herr Dr. Heinen betont, dass es seitens des Jugendhilfeausschusses keine Bedenken gegen die Veröffentlichung der Liste in der vorliegenden Form gebe.

3.3 Stellungnahme des Integrationsrates zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung 4033/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk bedankt sich, dass die Verwaltung den Beschluss des Integrationsrates soweit umgesetzt und das Schreiben an die Schulen mit aufgenommen habe. Diesbezüglich bittet sie darauf zu achten, dass das zusätzlich eingestellte Personal interkulturelle Kompetenz besitze. Es müsse im Auge behalten werden, inwieweit der Aufruf genüge bzw. ob weitere Schritte erforderlich werden.

Herr Uckermann fügt an, dass „interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ unter anderem bedeute, dass ein bestimmter Anteil der Stellen im öffentlichen Dienst lediglich Migranten vorbehalten und somit für Deutsche, die die erforderlichen Qualifikationen mitbringen, nicht zugänglich sei. Er bittet um Mitteilung, wie die Verwaltung die Quoten-

einholung bei den freien Trägern kontrolliere und ob es Sanktionen in Form von Kürzungen der Personalzuschüsse bei Nichteinhaltung gebe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass die Verwaltung den Beschluss des Integrationsrates begrüße und diesen auch umsetzen werde. Selbstverständlich werde es keine Kürzungen bei freien Trägern geben. Der Vorschlag von Frau Mucuk werde zu gegebener Zeit umgesetzt und die Verwaltung werde sich ein Bild davon machen, wie das Besetzungsverfahren gelaufen sei. Die Zuständigkeit obliege jedoch den einzelnen Trägern in Abstimmung mit den Schulen.

Frau Jahn stellt sich die Frage, wie man mehr Menschen mit interkultureller Kompetenz motivieren könne, diesen Ausbildungsweg zu gehen. Darüber hinaus bittet sie um Auskunft, wie die Steuerung durch die Verwaltung aussehe, wenn ein OGTS-Träger keine Schulsozialarbeiterin bzw. keinen Schulsozialarbeiter übernehmen kann oder will.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass zuallererst OGTS-Träger eingesetzt werden. Sofern diese hierzu nicht in der Lage seien, gebe es andere Träger, die qualifiziert Schulsozialarbeit anbieten. Die Verwaltung setze in diesem Punkt jedoch nicht explizit auf Steuerung und Kontrolle, sondern vertraue auf die Erfahrung und Fachlichkeit von Trägern und Schulen.

Frau Schlitt plädiert dafür, dass möglichst viel dafür getan werde, dass die Umsetzung der interkulturellen Öffnung funktioniere. Sie bittet die Verwaltung, eine Liste mit in Schulsozialarbeit erfahrenen Trägern mit interkultureller Kompetenz zu erstellen.

Frau Weber stellt nochmals klar, dass bei der Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern selbstverständlich primär deren Qualifikation eine Rolle spiele.

3.4 Kostenentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung in 2011 3873/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.5 Tag der Jugend im Rathaus 2011 4137/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen bedankt sich bei allen Beteiligten und wünscht gutes Gelingen.

3.6 Neuwahl eines sachkundigen Einwohners für den Jugendhilfeausschuss 4218/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.7 Studie "Wir sind Eltern!" zur Lebenssituation von Kölner Regenbogenfamilien 4211/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand 31.10.2011
4450/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

**4.2.1 Toilette am Skatepark Rheinauhafen
(Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2011)**

AN/1864/2011

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP zu TOP 4.2.1 Toilette am Skatepark Rheinauhafen
AN/1995/2011**

Vor Sitzungsbeginn wurde der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP als Tischvorlage verteilt. Dieser liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 6 bei.

Frau Laufenberg begründet den gemeinsamen Änderungsantrag. Der neue Skaterpark am Südkai erfreue sich einer außerordentlichen Beliebtheit und werde von den Skateboardern sehr gut angenommen. Die Popularität der Anlage stelle die Verwaltung aber auch vor neue Herausforderungen. Die genannten Punkte sollen einen Beitrag dazu leisten, das Areal am Rheinauhafen auch weiterhin attraktiv zu gestalten. Aufgrund dessen bittet sie um Unterstützung des Antrages.

Herr Dr. Heinen ergänzt, dass aufgrund der großen Beliebtheit des Skaterparks mittlerweile auch andere Treffen sowie Feriennutzungen dort stattfinden. Aufgrund dessen solle nun eine partizipative Lösung gefunden werden und auch er bittet um Unterstützung.

Der Ausschussvorsitzende stellt den gemeinsamen Änderungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss über den Änderungsantrag:

1. Die Verwaltung soll mit der Rheinauhafen-Gesellschaft kurzfristig in Gespräche treten, mit dem Ziel, die durch die Rheinauhafen-Gesellschaft betriebenen Toilettenanlage in den Öffnungszeiten im Sommer über 19 Uhr (bis maximal 22:00 Uhr) hinaus zu verlängern. Geprüft werden soll auch, eine zusätzliche, zeitlich reduzierte Kernöffnungszeit im Winter (November bis März) durch die Rhei-

nauhafen-Gesellschaft einzurichten. Das Ergebnis der Gespräche ist in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.12.2011 vorzulegen.

2. Die Verwaltung wird gebeten, die bestimmungsgemäße Benutzung der Skateranlage - ggfs. über eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Nutzern - zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Verkehrssicherheit an Kölner Spielplätzen (Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011) AN/1374 /2011

**Verkehrssicherheit an Kölner Spielplätzen
(Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011)
4302/2011**

Frau Laufenberg äußert ihre Enttäuschung über die Kürze der Beantwortung. Insbesondere die Beantwortung der dritten Frage sei nicht zufriedenstellend. Frau Laufenberg gehe davon aus, dass es bezüglich der Verkehrssicherheit von Spielplätzen eine Richtlinie o.ä. gebe. Sie bittet, diese im Jugendhilfeausschuss vorzulegen und die gesamte Beantwortung nachzuarbeiten.

Die Verwaltung sagt die Erledigung zu.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Kindertagespflege (Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.11.2011) AN/1922/2011

Da die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung noch nicht vorliegt, wird die Anfrage in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.12.2011 vertagt.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter. hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2011/2012 3065/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss, - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt die Zuschüsse für die in der Anlage 1 genannten Träger in Höhe von 547.474,00 Euro für die Durchführung von Ganztagsangeboten im 1. Schulhalbjahr 2011/2012 (01.08.2011 – 31.12.2011) zu gewähren.

Für 2011 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), entsprechende Mittel zur Verfügung.

Anmerkung: Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die AWO Köln und der Caritasverband Köln nehmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

6.2 Mittelerhöhung für den Coach e.V. im Rahmen einer Kofinanzierung für das Haushaltsjahr 2011 3458/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt die Erhöhung der Zuschussmittel für den Coach e.V. um 7.411,50 Euro, um die erforderliche Kofinanzierung für die zusätzlichen Landesmittel sicherzustellen.

Mittel in Höhe von 60.000,00 Euro waren bereits mit Beschluss vom 05.07.2011 bewilligt worden.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Förderung von Projekten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen 2011 4195/2011

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Jugendhilfeausschuss, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in die **Sondersitzung am 21.11.2011** zu vertagen.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Neuaufbau der Lohse-Rampe an der Neusser Straße in Köln-Nippes 3158/2011

Vor Sitzungsbeginn wurde der Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 8 bei.

Frau Laufenberg bittet, diesen entsprechend zu berücksichtigen. Die Lohse-Rampe werde von Kindern und Jugendlichen in Nippes stark genutzt und es bestehe zusätzlicher Bedarf an Angeboten für Kinder und Jugendliche. Dies bittet die FDP-Fraktion in einem Prüfauftrag an die Verwaltung festzuhalten.

Herr Schneider bedankt sich bei der Verwaltung für die Beschlussvorlage. Bei der Lohse-Rampe handele es sich um eine tolle Anlage. Da in Nippes dringend ein weiteres Kinder- und Jugendangebot erforderlich sei, werde die SPD-Fraktion den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion unterstützen.

Herr Dr. Heinen bittet um Auskunft, ob die Erweiterung der FDP-Fraktion in den Spielplatzbedarfsplan mit aufgenommen werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass die Erweiterung selbstverständlich in die Planung mit aufgenommen werde. Sie schlägt vor, dass der Beschluss gemäß Vorschlag erfolge und zusätzlich der folgende Antrag der FDP-Fraktion als Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben werde:

„Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung der Kinder, Jugendlichen sowie Bürgerinnen und Bürger in Nippes, zu prüfen, inwieweit weitere Spiel- und Freizeitangebote auf dem Gelände realisierbar sind. Dem Jugendhilfeausschuss und dem Finanzausschuss sind im zweiten Schritt Umsetzungspläne, Kostenkalkulationen und entsprechende Deckungsvorschläge vorzulegen.“

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende stellt somit den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Nippes beauftragt die Verwaltung, den Neuaufbau der Lohse-Rampe an der Neusser Straße in Nippes mit Gesamtkosten von ca. 220.000 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Änderungsantrag der FDP Fraktion zu TOP 7.1 - Neuaufbau der Lohse-Rampe an der Neusser Straße in Köln-Nippes AN/1997/2011

7.2 Umgestaltung des Spielplatzes "Goswin-Peter-Gath-Straße" in Köln - Ehrenfeld 3577/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Ehrenfeld, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des Spielplatzes „Goswin-Peter-Gath-Straße“ mit Gesamtkosten in Höhe von 55.000 Euro durchzuführen.

Die zur Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze, bereit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3 - Jährige; Anpassung der Ausbauplanung U3 - verstärkter Ausbau der Kindertagespflege 3201/2011

→ siehe hierzu auch Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 2.2

Herr Dr. Heinen hebt hervor, dass die SPD-Fraktion auf die institutionelle Förderung setze. Als Übergangslösung werde die SPD-Fraktion der Erhöhung des Anteils der Kindertagespflege auf 30% jedoch zustimmen. Er betont, dass das Verhältnis ab dem Jahr 2014 überprüft werden müssen.

Auch Frau Jahn spricht sich dafür aus, dass das Verhältnis 70:30 nicht manifestiert werden dürfe. Das langfristige Ziel müsse die Rückkehr zum 80:20-Schlüssel sein. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage auch zustimmen.

Herr Dr. Schlieben schließt sich den Ausführungen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht deutlich, dass auch die Verwaltung die Rückkehr zum Verhältnis 80:20 anstrebe und es sich hier tatsächlich lediglich um eine Übergangsregelung handele. Die Realisierung der benötigten Kindertagespflegeplätze stelle auch eine anspruchsvolle Aufgabe dar. Aufgrund dessen habe die Verwaltung große Teile auf freie Träger übertragen. Nun müssen alle gemeinsam an der Zielerreichung arbeiten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt, dass das Ziel-Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege für unter 3-Jährige neu bis auf Weiteres auf 70:30 festgelegt wird.
2. Der Rat beauftragt die Träger der freien Jugendhilfe, analog des Ratsbeschlusses vom 14.12.2010, die zusätzlichen Plätze in Kindertagespflege aufzubauen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 4400/2011

Die Beschlussvorlage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 9 bei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Sabine Kruszczyk

als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (als Stellvertreterin von Frau Helga Blümel und Nachfolgerin von Herrn Karl-Gerhard Bachmann für das Diakonische Werk Köln und Region).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.3 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes 3647/2011

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Jugendhilfeausschuss einstimmig, die Vorlage - einschließlich des zur Sitzung vorgelegten Änderungs- bzw. Zusatzantrages der LIGA - in die **Sondersitzung am 21.11.2011** zu vertragen.

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der LIGA zu TOP 8.3 - Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes

9 Anfragen

9.1 Frau Stahlhofen gibt an, dass sie einen Bericht zum Teilhabe- und Bildungspaket vermisst.

9.2 Herr Uckermann nimmt nochmals Bezug auf Tagesordnungspunkt 3.3 und bittet um Auskunft, ob, es zu einer Ausweitung der Stellen in den Kommunen komme, wenn Stellen nach Quoten besetzt werden.

9.3 Herr Horstkotte-Löffelholz berichtet, dass er über den Kulturausschuss erfahren habe, dass im Haushalt 2012 für den Bereich kulturelle Bildung 130.000,- Euro eingestellt werden sollen. Da diese Aufgabe seit dem 01.01.2011 beim Jugendamt angesiedelt ist, bittet er um Auskunft, warum der Ansatz im Kulturhaushalt erfolgen solle.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass es im Kulturdezernat für die kulturelle Bildung sowohl Geld als auch die entsprechende Stelle gegeben habe. Nach zwei Jahren sei die Aufgabe an das Bildungsdezernat gewechselt; ohne ausreichende Ausstattung. Dank der Unterstützung durch die Politik habe der

Rat in seiner letzten Sitzung beschlossen, beim Bildungsdezernat für den Aufgabenschwerpunkt „Angebote der kulturellen Bildung im offenen Ganzttag“ sowohl finanzielle Mittel als auch 0,5 Stellen anzugliedern.

- 9.4** Herr Dr. Schlieben gibt an, dass er eine Mail von den Eltern und Kindern der integrativen Kita Drachenfelsstraße erhalten habe. Da die Situation weiterhin unbefriedigend sei, bittet er zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung um Sachstandsmitteilung. Darüber hinaus haben die Eltern auch Herrn Oberbürgermeister Roters angeschrieben, bisher jedoch keine Antwort von ihm erhalten. Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung, darauf hinzuwirken, dass dies nachgeholt werde.

Frau Krause berichtet, dass es sich bei der Kita Drachenfelsstraße um ein über 50 Jahre altes Provisorium handele, welches auf der Prioritätenliste zum Abbruch stehe. Da im Bereich des Bodens nun ein Einbruch stattgefunden habe, seien sich alle Beteiligten einig gewesen, dass schnellstmöglich ein Abriss und der Neubau einer größeren Einrichtung erfolgen müssen. Als Zwischenlösung seien alle behinderten Kinder in den Räumen des Frühförderzentrums im Kalk Karree untergebracht worden, während alle anderen Kinder auf andere Kitas verteilt worden seien. Hierüber seien nicht alle Eltern glücklich, da sie auf eine Sanierung des Bodens und die schnellstmögliche Rückkehr in die alte Einrichtung hoffen. Die Jugendverwaltung habe geplant, die komplette Gruppe vorübergehend in einer Containerlösung unterzubringen. Diesbezüglich habe es einen Austausch und Gespräche mit den Eltern gegeben. Diese möchten jedoch weiterhin die Rückkehr in die alte Einrichtung. Dies sei nicht im Sinne der Verwaltung. Aufgrund des Wunsches der Eltern habe die Gebäudewirtschaft jedoch einen Gutachter beauftragt, die Möglichkeit der Sanierung und des weiteren Betriebes der Kita zu prüfen. Das Prüfergebnis liege noch nicht vor und müsse nun abgewartet werden.

Herr Scheiblich erwähnt, dass sich in unmittelbarer Nähe zum Kalk Karree eine Kita mit einer integrativer Gruppe befinde. Er bittet um Mitteilung, warum – trotz Angebotes durch diese Kita - kein einziges Kind aus der Kita Drachenfelsstraße dort untergebracht worden sei und ob es daran liege, dass es sich um eine Brennpunkteinrichtung handele.

Frau Krause erwidert, dass es zum einen tatsächlich daran liege, zum anderen jedoch alle behinderten Kinder aus der Kita Drachenfelsstraße zusammen untergebracht werden sollten.

- 9.5** Frau Jahn berichtet, dass der Träger „Offenen Tür e.V.“ eine Heilpädagogin habe. Diese Fachkraft sei bisher vom Verein mit Unterstützung des Jugendamtes finanziert worden. Da Stiftungs- und Spendengelder weggefallen seien, bestehe nun die Gefahr, dass die Finanzierung der dringend benötigten Kraft nicht mehr gewährleistet werden könne. Sie bittet die Verwaltung um Mitteilung, was in dieser Sache getan werden müsse, damit die Stelle nicht auslaufe.

Die Verwaltung wird die Anfrage schriftlich beantworten.

- 9.6** Herr Uckermann gibt an, dass zur Zeit das Opferfest der Muslime stattfinde. Durch die Gerinnung des Blutes, welches in den Abwasserkanal gelange, entstehen große Schäden am Abwassernetz. Er bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie viele Hammel geschächtet werden. Darüber hinaus habe er erfahren,

dass traditionsgemäß 7-jährige Jungs die Schächtung ausführen müssen. Diesbezüglich möchte er wissen, wie viele Kinder betroffen und wie hoch die psychischen Auswirkungen seien.

Frau Krause entgegnet, dass das Jugendamt für die Beantwortung der beiden Fragen fachlich nicht zuständig sei.

Herr Uckermann gibt an, dass er die Anfrage in diesem Fall im Rat stellen werde.